Haushaltsrede Ratssitzung am 22.02.2012 / Helga Lange

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Aschermittwoch ist politisch gesehen der Tag der groben Sprüche und der lautstarken Auseinandersetzungen, traditionell aber der Tag der Buße und Umkehr und der Beginn der Fastenzeit und ein Tag der Abstinenz. Bei unserem Haushalt 2012 können wir auf derbe Reden verzichten, aber mit Fasten und Abstinenz hat unser Haushalt auch nicht viel zu tun, er ist ein echtes Schwergewicht. Das gigantische Investitionsvolumen von knapp 20 Mio. €!! für eine Stadt von 21.000 Einwohnern deutet nicht auf Verzicht hin. Welche Kommune kann sich im Vergleich zur Einwohnerzahl schon solche Investitionen leisten. Dank innovativer, starker und erfolgreicher Unternehmen und einem gesunden Branchenmix Vorort erfreuen wir uns weiterhin hoher Gewerbesteuereinnahmen. So können wir uns seit Jahren erheblich mehr leisten als andere Kommunen, haben durch hohe Investitionen u. a. in die energetische Gebäudesanierung, in Sporthallen, Sportplätze, Schulen, KiTas und Flächenankäufe die Grundlage für eine lebenswerte, dynamische, zukunftsfähige Stadt gelegt, die attraktiv sowohl für unsere Bürgerinnen und Bürger als auch für unsere Unternehmen ist.

Allerdings, und auch das müssen zur Kenntnis nehmen, haben wir trotz überragender Gewerbesteuereinnahmen keinen ausgeglichenen Haushalt. Das zeigt, dass unser kommunales Finanzsystem nicht im Gleichgewicht ist. Eine grundlegende Finanzreform lässt weiter auf sich warten. Die ständig steigenden Soziallasten müssten durch eine auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen refinanziert werden. Diese Forderung stellen alle Fraktionen seit Jahren. Viele Kommunen stehen vor der Insolvenz und können ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen. Die Kassenkredite der Kommunen, die inzwischen bald die 30 Mrd. € erreichen, legen viele Gemeinwesen lahm. Deshalb ist es richtig, dass die Landesregierung von NRW notleidenden Kommunen mit dem Stärkungspakt unter die Arme greift. Wir müssen uns allerdings darauf einstellen, dass wir als wohlhabende Kommune in den nächsten Jahren auch einen Beitrag zur Konsolidierung dieser Kommunen werden leisten müssen. Darüber werden wir sicher in Zukunft noch streiten.

Wir können sehr zufrieden sein, dass unser Haushalt nicht durch drastische Sparmaßnahmen und Steuererhöhungen gekennzeichnet ist, kein Fastenhaushalt ist. Wir können sogar am kontinuierlichen Schuldenabbau weiter arbeiten. Es muss unser Ziel bleiben, unsere Stadt schuldenfrei zu machen. Und trotzdem können wir in fast allen Bereichen kontinuierlich die Ansätze aus 2011 fortschreiben, insbesondere im Bereich der freiwilligen Leistungen findet das unsere Zustimmung. Somit erhalten wir die Lebensqualität in unserer Stadt, sorgen für Unterstützung, wo sie gebraucht wird, sorgen für kulturelle Vielfalt und sichern die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Diese Sicherung der Teilhabe konnte für einen bestimmten Personenkreis nicht erreicht werden. Die Erhöhung des Ansatzes „Sonstige soziale Leistungen“ auf 60.000 € im vergangenen Jahr hat nicht verhindert, dass die GAB Insolvenz anmelden musste. Damit droht ein wichtiger Träger für Arbeitsmarktprogramme von der Bildfläche zu verschwinden. Insbesondere Langzeitarbeitslose mit erheblichen Vermittlungshemmnissen, für die Förderprogramme in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgefahren wurden, drohen auf der Strecke zu bleiben. Sie haben keine Chance mehr am Erwerbsleben und damit auch häufig

nicht mehr am sozialen, kulturellen und sportlichen Leben teilzunehmen. Gerade für Kinder und Jugendlichen ist es wichtig, dass Eltern einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Unser Ziel muss es sein, die Auswirkungen der GAB-Insolvenz gering zu halten. Wir müssen unsere Möglichkeiten unbürokratisch ausschöpfen, seien sie auch noch so gering. Das ist sowohl sozial- als auch finanzpolitisch ein äußerst lohnendes Engagement.

Die Stadt Halle ist spitze bei der Einnahme von Gewerbesteuern, unsere Nachbarn sind spitze bei der intelligenten Ausgabe. Sie geben Geld aus, dass die gar nicht haben und damit machen sie Geld. Das geht nicht? Und ob! Da wird nicht gekleckert sondern geklotzt und kräftig in Erneuerbare Energien investiert. Photovoltaikanlagen werden im großen Stil installiert und das Geld von den Dächern fließt direkt in den städtischen Haushalt und damit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort zu. Schon im vergangenen Jahr konnte Versmold eine Rendite von über 9% bei ihren PV-Investitionen vermelden. Der Kreis Gütersloh hat noch schnell zum Jahresende 2011 für 500.000 € PV auf die Dächer des Kreishauses gebracht – exakt die Summe investiert, die wir im vergangenen Jahr im Rat für diesen Zweck gefordert haben. Und die Mehrheit dieses Rates ist so dumm und lässt das Geld einfach auf unseren Dächern liegen, Jahr für Jahr, anstatt finanzielle Spielräume für weitere Investitionen zu erwirtschaften. In meiner Haushaltsrede 2011 habe ich ihnen schon vorgerechnet, welche Summen wir einnehmen könnten. Inzwischen sind die lukrativen Dächer identifiziert – hat lange genug gedauert – aber passieren tut nur sehr wenig. Wären da nicht die vielen privaten Investoren, sähe unsere Bilanz erbärmlich aus. Vor allem bei der TWO würden wir uns in dieser Hinsicht erheblich mehr Dynamik wünschen.

Wie wollen wir die Klimaschutzziele, die uns durch die Energiewende vorgegeben sind, die CO2 Menge bis 2020 um mindestens 25 % zu senken, eigentlich erreichen? Wollen wir weiterhin Schlusslicht sein? Es passt nicht zum Bild einer dynamischen, innovativen und finanzstarken Stadt, wenn die Klimaschutzziele zur lästigen Nebensache verkommen.

Da passt es nicht ins Bild oder gerade doch wieder, dass die Förderung des Klimaschutzprogramms weiter zurückgefahren wird. Das kritisieren wir. Die energetische Gebäudesanierung ist eine der wichtigsten Maßnahmen zur Energieeinsparung und damit zur Einsparung von CO2. Sie wird weiterhin eine Herkulesaufgabe sein und es noch über viele Jahre bleiben. Da müssten wir nachlegen und nicht kürzen. Der Erhalt unseres Gebäudebestandes, und nicht nur der der öffentlichen Gebäude, ist für die Entwicklung einer lebendigen Stadt von hoher Bedeutung. Vor dem Hintergrund der kontinuierlich steigenden Energiepreise, wir sehen und bezahlen sie jeden Tag, ist es auch eine ökonomische Notwendigkeit in die Energieeinsparung zu investieren, um dem Kostendruck zu begegnen. Die Ausweisung immer neuer Wohnbauflächen auf der grünen Wiese darf nicht zur Vernachlässigung des Bestandes führen. Das Herz, der Kern unserer Stadt muss lebendig bleiben.

Steter Tropfen höhlt den Stein! Um energetische Sanierungsmaßnahmen in städtischen Immobilien sinnvoll und zielgerichtet durchführen zu können, müssen die Energieverbräuche differenziert vorliegen. Das haben wir seit Jahren eingefordert. Jetzt liegt es vor. Vielen Dank dafür. Wir wissen jetzt, dass wir über 810.000 € jährlich für Energie ausgeben. Was fehlt ist der Flächenbezug bzw. der Bezug zum umbauten Raum. Bisher können wir nur die Entwicklungen sowohl der Kosten als auch der Verbräuche über die Jahre bei den einzelnen Gebäuden nachvollziehen, aber keine Vergleiche anstellen. Wir sind nicht in der Lage die Ursachen für bestimmte Verbräuche in einzelnen Gebäuden exakt zu ermitteln. Da müssen wir als nächstes ran. Dies alles muss eingebettet sein in ein Handlungskonzept Energieeinsparung, damit wir die objektiv richtigen und nicht nur die gefühlt richtigen

Entscheidungen für weitere energetische Sanierungsmaßnahmen, Energieeffizienzsteigerungen und Energieeinsparungen ergreifen.

Die richtigen Entscheidungen treffen ist unser aller Ziel, aber in den vergangenen Jahren haben wir bei der Wahl der Architekten auch falsche Weichen gestellt. Die Zeiten der Haus- und Hoflieferanten ist vorbei. Genauso darf es nicht mehr den Architekten der Stadt Halle geben. Konkurrenz belebt das Geschäft und Wettbewerb um die besten Ideen bringt Belebung und neue Konzepte. Wir wollen nicht, dass Architekten oder auch andere Dienstleister ausgeguckt werden, weil es so bequem ist, weil man sich kennt. Wir wollen den fairen Wettbewerb um die besten Ideen und die besten Köpfe und dann ein stringentes Controlling, um die Kosten im Griff zu behalten.

Wir haben in den vergangenen Jahren hohe Investitionen getätigt und z. T. kräftig draufgezahlt. Die erwarteten Baukosten für die Sporthalle Hörste werden erheblich über der 1. Kostenschätzung und noch mehr über den ersten Aussagen des Architekten, liegen. Von einer Mio. € über 1,3 Mio. € landen wir bei 1,6 Mio. €. Ganze Gewerke z. B. die Lüftungsanlage, die Brandmeldeanlage, die Fernleitung zur Sporthalle und auch die Anbindung an das vorhandene Heizungssystem wurden nicht berücksichtigt und müssen nachfinanziert werden. Eine Sporthalle ohne Lüftung, Heizung oder Brandmeldeanlage, wo gibt es denn so etwas. Das darf nicht passieren. Hier fehlt ein aktives Controlling. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung können das nicht zusätzlich leisten. Gerade in dem Bereich wird am Limit gearbeitet. Deshalb muss die Verstärkung von außen kommen. Der Aschermittwoch mahnt nicht nur zum Fasten, sondern auch zur Umkehr. Für uns sollte das bedeuten Fehlentwicklungen zu korrigieren und es in Zukunft besser zu machen.

Wir schlagen vor, ab einer Investitionssumme von 250.000 € werden für Baumaßnahmen mindestens zwei Architektenvorschläge zur Wahl gestellt. Unsere Nachbarn machen uns auch das erfolgreich vor. Zuletzt haben wir das in Steinhagen beim Erweiterungsbau der Kita Ströhn gesehen. Da gab es zwei Entwürfe und einer überzeugte nicht nur mit einer cleveren Idee, sondern auch mit dem energetischen Konzept. Und plötzlich war es möglich im Bestand den Passivhausstandard bei überschaubaren Mehrkosten zu realisieren. So sollte es auch bei uns laufen.

Den Anbau GS Gartnisch haben wir, obwohl es keine weiteren Entwürfe gab, noch einmal mitgetragen, weil die Arbeitsbedingungen der Lehrer und Lehrerinnen dringend verbessert werden müssen. Wir sind sicher, dass diese Schule auch in Zukunft Bestand haben wird und diese Erweiterung eine Investition in die Zukunft ist. Wir werden allerdings die Kostenentwicklung kritisch im Blick behalten.

Bei der Erweiterung der Kita Künsebeck erwarten wir ein Planungsverfahren mit Wettbewerb und Transparenz. Die große Lösung, für die wir einige Sympathien hatten, ist vom Tisch. Aber wir wollen keine Erweiterung als Sparmodell, sondern eine Lösung, die in der Konkurrenz mit anderen Einrichtungen bestehen kann. Deshalb müssen jetzt gute Ideen, alternative Planungen und Kostenvergleiche auf den Tisch, damit wir eine attraktive bauliche Erweiterung, die den Bedarfen und Bedürfnissen der neuen Konzeption entsprechen. Das muss jetzt sehr zügig erfolgen, hieran muss mit Hochdruck gearbeitet werden. Dies sollten wir unter Mitwirkung aller Beteiligten machen und einen kooperativen Prozess gestalten. Wir unterstützen ganz ausdrücklich die Pläne eine additive Betreuung anzubieten. Hier machen wir einen Anfang, um dem Rechtsanspruch der Eltern auf inklusive Betreuung gerecht zu werden.

Wir werden uns in Zukunft den Fragen der Inklusion intensiv stellen müssen. Nicht nur für die Kitas, sondern auch für unsere Schulen und für alle übrigen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens werden wir Konzepte entwickeln müssen, um dem Anspruch auf Inklusion gerecht zu werden. Das ist eine große Herausforderung, deshalb sollten wir sie mit der Erstellung einer Inklusionsstrategie angehen.

In engem Zusammenhang damit steht die Frage, wie entwickeln wir unsere Schullandschaft weiter. Wie erhalten wir eine wohnortnahe Versorgung, wie schaffen wir ein vielfältiges, an den Bedürfnissen der Familien orientiertes Angebot. Wir müssen unsere Schulen den Kindern und nicht die Kinder den Schulen anpassen. Die Elternbefragung läuft, um die Wünsche abzufragen und daraus gilt es die richtigen Schlüsse zu ziehen. Welche Schulform wir an welchem Standort zukünftig anbieten, müssen wir auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung sehen. Wir wollen mit allen Beteiligten darüber einen Dialogprozess, ergebnisoffen, ohne ideologische Scheuklappen führen.

Den größten Brocken in unserem Investitionsbereich stellt zweifelsohne das neue Gartenhallenbad dar. Wir freuen uns, dass wir im Konsens mit allen Beteiligten eine Lösung gefunden haben, die den Bedarfen der Nutzerinnen und Nutzer gerecht wird, Schulschwimmen in Halle auf Dauer sicherstellt, den Vereinen Trainingsmöglichkeiten erhält, Seniorinnen und Senioren weite Wege erspart und Familien eine Bademöglichkeit vor Ort bietet. Das Konzept setzt auf funktional und wirtschaftlich. Jetzt ist es unsere Aufgabe dieses Konzept kritisch zu begleiten und weiterzuentwickeln. Es war richtig, dass wir uns für ein VOF-Verhandlungsverfahren entschieden haben, klare Anforderungen formuliert und ein stringentes Controlling beschlossen haben. Bei allen Zusatzwünschen werden uns jetzt die finanziellen Auswirkungen auf den Tisch gelegt. Das ist nötig, wollen wir unser Ziel, Senkung des Zuschussbedarfes auf unter 1 Mio. €, nicht aus dem Blick verlieren. Wenn jetzt die Standortfrage neu gestellt wird, müssen wir Fakten und Kosten kritisch bewerten und dann zu einer zeitnahen Entscheidung kommen. Eine Hängepartie wollen wir nicht, wohl aber eine gut abgewogene und tragfähige Lösung, die möglichst wieder im Konsens getroffen wird.

Ein weiteres großes Investitionsvolumen bindet das Gewerbe- und Industriegebiet Künsebeck und die Entlastungsstraße. Wir stehen zu den Planungen, obwohl wir hier einen erheblichen Zielkonflikt haben. Die Planung stellt einen massiven Eingriff in den ökologisch hochwertigen Freiraum dar. Die Planung eröffnet aber auch die Möglichkeit durch den Bau einer Entlastungsstraße die unerträglich hohe Belastung mit Stickoxiden in der Haller Innenstadt zu reduzieren, sie deckt den Gewerbe- und Industrieflächenbedarf von Halle und schafft die Möglichkeit der interkommunalen Zusammenarbeit. Jetzt gilt es eine Planung umzusetzen, die diese Inanspruchnahme adäquat ausgleicht und die sensiblen Lebensräume weitestgehend schützt.

Wir möchten dieses Gewerbegebiet hochwertig entwickeln unter besonderer Berücksichtigung der Aspekte der Nachhaltigkeit, des Flächensparens und der Nutzung erneuerbarer Energien. Innovative Konzepte sind gefragt, nutzen wir die Chance hier ein Gebiet mit Anziehungskraft zu entwickeln.

Besondere Ansprüche wollen wir auch an die Entwicklung der Wohnbauflächen Potthoff stellen. Es reicht nicht aus, dass wir bezahlbare Grundstücksflächen anbieten, sie sollen auch eine hohe Attraktivität für Bauwillige haben. Wir stehen in Konkurrenz zu unseren Nachbarn und da reicht eine Null-Acht-Fünfzehn-Planung nicht aus. Ökologische Standards sollen die Grundlage sein. Einen ersten Antrag dazu haben wir bereits eingebracht. Wir möchten

darüber hinaus prüfen, ob es sinnvoll ist, diesen Bereich oder Teile davon als Klimaschutzsiedlung zu entwickeln. Dieses Konzept hat noch die alte schwarz/gelbe Landesregierung initiiert und wird von rot/grün fortgeführt. 35 Beispiele an denen wir uns orientieren können gibt es bereits in NRW. Es ist gleichermaßen attraktiv für Kommunen und für die Bauwilligen. Wir möchten hier neue, innovative Wege gehen.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Haushaltsplanentwurf findet unsere Zustimmung, auch wenn wir nicht alle Entscheidungen mittragen konnten. Aber die grundsätzliche Ausrichtung des HH 2012 folgt, wie schon in den Vergangenen Jahren, dem Prinzip der nachhaltigen Finanzwirtschaft. Wir verlieren den Schuldenabbau nicht aus dem Blick, leisten uns gigantische Investitionen, aber weiterhin auch ein starkes, tragfähiges soziales Netz. Das macht unsere Stadt in hohem Maße attraktiv und lebenswert.

Eine grundsätzliche Kritik muss ich aber, wie schon in den letzten Jahren, noch loswerden. Auch dieser Haushalt hat, wie seine Vorgänger schon, viele, zu viele leere Seiten, die unbedingt mit Zielen, Kennzahlen und Anmerkungen gefüllt werden müssten. Da müssen wir ran, um mehr Transparenz zu schaffen und die Möglichkeiten der Steuerung stärker nutzen zu können. Alles Weitere lesen Sie bitte in meiner Haushaltsrede von 2011 nach. Es hat sich nichts, nicht viel geändert.

Ich komme zum Schluss, aber nicht ohne noch einen Gedanken anzufügen:

Mit dem Generationennetzwerk haben wir seit Jahrzehnten eine Einrichtung, um die uns viele Kommunen beneiden. Diese Institution mit seinen umfassenden, niederschwelligen Angeboten ist ein wesentlicher Baustein im sozialen Netz unserer Stadt. Wir alle wissen, dass Frau Gerner nach über 20 jähriger Tätigkeit im März ausscheidet. Wir sind hoch erfreut, dass jetzt eine mit allen Beteiligten abgestimmte Nachfolgeregelung gefunden wurde, um die kontinuierliche Fortführung der Arbeit zu gewährleisten. Die Stelle bleibt im zentrumsnahen Büro des Generationennetzwerkes angesiedelt und wird die Pflegeberatung, die Kartei der Hilfen, den Runden Tisch Pflege, die Telefonkette, die Notfallhilfe u. a. weiterführen. Außerdem werden die Ehrenamtsbörse sowie die Kontaktstelle für den Bundesfreiwilligendienst und das freiwillige soziale Jahr dort angesiedelt. Wir danken Allen, die an dieser Lösung mitgewirkt haben und wünschen der Nachfolgerin alles Gute und eine erfolgreiche Arbeit.

Unser ganz besonderer Dank aber gilt Ingrid Gerner. Ohne sie hätte es diese segensreiche Einrichtung nie gegeben. Mit hoher Fachlichkeit und großer Herzenswärme hat sie sich den Nöten der pflegenden Angehörigen angenommen, Hilfestellung gegeben und immer wieder Lösungen, auch dank ihrer enormen Durchsetzungskraft, auch in schier aussichtslosen Situationen, gefunden. Sie hat ein Netzwerk mit vielen Ehrenamtlichen geschaffen. Auch ihnen gilt unser Dank. Mit großem persönlichem Einsatz hat Ingrid Gerner das Generationennetzwerk zu dem gemacht, was es heute ist.

Ich danke Ingrid Gerner ganz persönlich dafür und Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und Geduld.